

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung. 1933-1940 1934

37 (27.3.1934)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-892686](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-892686)

Nachrichten

für Stadt Elsfleth und Umgebung



Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch
auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises
Zeitung: 5. Zirk. Druck und Verlag von E. Zirk.

Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vor-
mittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten.
Bei gerichtlicher Klage, Konkursverfahren usw. wird etwa bewilligter
Rabatt hinfällig.

Bezugspreis mit der Beilage „Heimat und Welt“ monatlich 1.00 RM ausschließlich Bestellgeld, Einzelpreis 10 Pfspf. D. II 84: 580. Druck und Verlag: E. Zirk, Elsfleth.
Ganzjahreslieferung: 5. Zirk, Elsfleth, Stellvertreter: Fritz Fromm, Verne. Grundpreise: Die 46 mm breite Anzeigenmillimeterzeile 5 Pfspf, Familienanzeigen die Millimeterzeile 4 Pfspf
Fernruf 390 (nähere Bedingungen in der Anzeigenpreisliste), die 90 mm breite Textmillimeterzeile 20 Pfspf. Verantwortlicher Anzeigenleiter: E. Zirk, Elsfleth. Schließfach 17

Nr. 37

Elsfleth, Dienstag, den 27. März

1934

Großbanken in der Arbeitschlacht

Während des ersten Jahres der nationalsozialistischen Reichsregierung hat sich im Wirtschaftslieben Deutschlands eine entscheidende Wendung zum Besseren vollzogen. Sie war das Ergebnis tatkräftiger staatlicher Maßnahmen auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftspolitik, aber auch wieder gesteigerte Unternehmungslust auf der Grundlage einer aus der politischen Neuordnung geborenen Vertrauenskräftigung. Mit dieser grundsätzlichen Feststellung leitet der Vorstand der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft seinen Geschäftsbericht für 1933 ein. Wenn man hiermit in diesem die im Bilanz- und Geschäftsbericht ausgewiesenen Ziffern vergleicht, dann scheint man hier vor einem Widerspruch zu stehen: Der Reingewinn ist mit 25,9 Millionen noch rund 1,4 Millionen niedriger als im Vorjahre, die Bilanzsumme hat sich von 3,3 Milliarden auf 3,0 Milliarden erhöht, die Gläubiger sind von 2,8 Milliarden auf 2,6 Milliarden zurückgegangen, die debitorischen Ausleihungen erscheinen von 1,7 Milliarden auf 1,6 Milliarden getürzt, die Zahl der Konten hat sich von 791 000 auf 779 000 verringert, die Gesamtumläufe sind von rund 95 Milliarden im Jahre 1932 auf rund 91 Milliarden im Jahre 1933 zurückgegangen. Und eine Dividende wird auch diesmal wieder nicht ausgeschüttet.

In Wirklichkeit werden die tatsächlichen Vorgänge, die hinter diesen Ziffern liegen, durch zwei nicht in der Macht der Banken liegende Faktoren gründlich verschleiert. Das ist einmal die ihrer besonderen Eigenart entsprechende Schrumpfung des Geschäftslaufes mit den Auswirkungen, und das ist in zweiter Linie die immer noch nicht ganz abgeschlossene liquidierte Belastung aus den hinter uns liegenden Krisenjahren.

Die Schrumpfung des Auslandsgeschäftes ergibt in der Tat, wie das Beispiel der DD-Bank zeigt, eine starke Verzerrung der tatsächlichen Entwicklung. Es ist immerhin schon bemerkenswert, daß der Rückgang des Gesamtumsatzes 1931/32 noch 35 Prozent betrug, 1932/33 aber nur noch 4 Prozent. So ist zu beachten, daß mit dem Abfinden der Außenhandelsziffern von 10,4 Milliarden 1932 auf 9,1 Milliarden 1933 eine beträchtliche Umlaufverminderung im Remittenten-Geschäft gegeben war. Entsprechendes gilt für die Rückgänge der Kontenanzahl. Für diese sind ausschließlich die Rückgänge der Bankkonten maßgebend gewesen, denn dieselben um ein Drittel abgenommen, während die Zahl der Reichsmarkkonten nur um 1 pro Milie zurückgegangen ist. In praktisch alle überhaup nicht abgenommen hat. Weiter: Der Rückgang der Kreditoren ist ausschließlich auf den Abgang an Währungsgeldern, sowie auf den Kurzurückgang von Dollar und Pfund zurückzuführen, während die Reichsmarkteinstellungen der Bank gegenüber dem Vorjahre überhaupt keinen Rückgang aufweisen.

Bei der vergleichsweise Gegenüberstellung der Kreditoren- und Debitorenentwicklung ergibt sich der Einblick in den neuen positiven Fortschritt: Daß die Reichsmarkteinstellungen überhaupt nicht mehr zurückgegangen sind, bedeutet in Wirklichkeit schon eine Vermehrung der auf dem Umwege über die Bank der Wirtschaft zur Verfügung gestellten Gelder der Kundenschaft. Denn man muß berücksichtigen, daß inzwischen auch noch ein weiterer, zu mindestens formeller, äußerlicher Abgang an fremden Geldern darin bereits miteinhalten ist, weil zahlreiche Kunden der Bank im Laufe des Geschäftsjahres bedeutende Teile ihrer Bankguthaben entweder in Effekten umgewandelt haben, oder aber zu produktiven Zwecken in die Wirtschaft zurückgerufen haben. Es hat also, da per Saldo die Reichsmarkteinstellungen nicht gelunken sind, ein beträchtlicher Zufluss an neuem Geld stattgefunden.

Eine noch deutlichere Sprache reden die Vergleichsziffern auf der Debitorenseite. Das Debitorentonio hat nur um rund 58 Millionen abgenommen, also nur um einen Bruchteil des Rückganges der fremden Gelder; was nur ein anderer Ausdruck dafür ist, daß die Bank die Zuleitungen zum Debitorentonio stärker geöffnet hat, als es früher zweckmäßig erschien. Eine Maßnahme, die ihre Rechtfertigung vor allem in der allgemeinen großen Stärkung des Wirtschaftens findet.

Nun haben aber auch die wirtschaftlichen Erfolge der neuen Regierung das Debitorengeschehen in erheblichen Umfang aufgelockert und von innen her entlastet, derart, daß wenn auch immer noch Restengagements der Krisenzeit zu liquidieren übrig bleiben, immerhin zahlreiche bisher eingetragene Kredite zur Rückzahlung gekommen sind. Die Großbanken haben, wenn man das Beispiel der DD-Bank als typisch nehmen darf, von dieser Erleichterung der Debitorenentlastung (und zweifellos sogar darüber hinaus) reichlichen Gebrauch gemacht, sich in die Front des Wiederaufbaues und der Arbeitsbeschaffung einzureihen. So hat die DD-Bank nicht weniger als 700 Millionen RM im abgelaufenen Geschäftsjahr der Wirtschaft neu zugeführt; das bedeutet eine Steigerung der neuen Ausleihungen gegenüber dem Vorjahre auf mehr als das zweieinhalbfache, es bedeutet gleichzeitig, daß nicht weniger als 35 Prozent der Debitoren einschließlich Warenvorräte, wie sie am Jahresanfang bestanden, im Laufe des Geschäftsjahres neu ausgeliehen worden sind. Diese Neuausleihungen zu produktiven Zwecken

sind nicht weniger als rund 118 000 neuen Darlehnsnehmern zugute gekommen. Man kann daraus ersehen, daß der durchschnittliche Betrag, der im Geschäftsjahr 1933 neu ausgebenen Kredite mit etwa 6000 RM anzusetzen ist, woraus sich eine starke Verdopplung des Mittel- und Kleinkredits ergibt; denn diese Durchschnittsziffer liegt vermutlich nicht mehr sehr viel über der Durchschnittshöhe der Kreditoren. Nicht in Rechnung gestellt ist hierbei die unmittelbare Beteiligung an der staatlichen Arbeitsbeschaffungaktion.

Man hat aber auch zur direkten Entlastung des Arbeitsmarktes in größerem Umfange beigetragen. Die Personalziffern bringen einen Teil dieser Maßnahmen deutlich zum Ausdruck. Es sind nahezu 1000 Arbeitnehmende bei der DD-Bank 1933 neu eingestellt worden, so daß trotz unruhiger Pensionierungen, Abgang weiblicher Angestellter vor allem durch Verheiratung und sonstiger Personalabgänge das Gesamtpersonal höher ist wie im Vorjahre.

Der Jahresabschluss der DD-Bank weist also die Einschaltung des privatwirtschaftlichen Unternehmens in den nationalsozialistischen Wiederaufbau der Wirtschaft gleichsam ziffernmäßig nach.

Die neuen Gesetzesmaßnahmen

Reichsverweigungen von Ausländern.

Das vom Reichsministerium verabschiedete Gesetz über Reichsverweigungen setzt in erster Linie länderrechtliche Bestimmungen auf diesem Gebiet zusammen. Es bestimmt, daß Verweigungen aus dem Gebiet eines Landes nicht mehr stattfinden, sondern nur noch das Gebot des Verlassens und das Verbot des Wiederbetretens des Reichsgebietes ausgesprochen werden können. Ein Ausländer kann aus dem Reichsgebiet ausgewiesen werden, wenn gegen ihn im Inlande wegen eines Verbrechens oder Vergehens oder im Auslande wegen einer Tat, die nach deutschem Recht als Verbrechen oder Vergehen gilt, rechtskräftig auf Strafe erkannt worden ist, wenn sein Verhalten geeignet ist, die Beziehungen des Reiches zum Auslande zu gefährden, wenn er gegen Vorschriften des Steuerrechts, Zollrechts, Monopolrechts, Devisenrechts oder gegen die Ein- und Ausfuhrverbote verstoßen hat, wenn er sich nach den polizeilichen Bestimmungen unbefugt in Deutschland aufhält, oder gegen die polizeilichen Meldevorschriften verstoßen hat, wenn die öffentliche Gesundheit oder Sittlichkeit gefährdet, oder wenn er wegen Inanspruchnahme der öffentlichen Fürsorge aufgefördert wird, in einen anderen Staat, dessen Lebensnahrungspflichtig festgestellt, abzureisen.

Aufhebung des Banntreises

Das Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die Befriedigung der Gebäude des Reichstages und der Landtage befreit ein Ueberbleibsel aus parlamentarischer Zeit. Es sah vor, daß mit Zustimmung der Reichsregierung oder von den zuständigen Landesregierungen bestimmten Bannreisen des Reichstagesgebäudes und der Landtagsgebäude Verammlungen unter freiem Himmel und Unzucht im allgemeinen nicht und nur in Ausnahmefällen mit besonderer Genehmigung stattfinden durften. Für den Reichstag bedarf es, nachdem das deutsche Volk sich in voller Einmütigkeit zum nationalsozialistischen Staat und seiner Führung bekannt hat, eines solchen äußeren Schutzes nicht mehr. Die Polizei hat außerdem ausreichende Mittel an der Hand, um eine etwa nicht erwünschte Veranstaltung in dieser Gegend zu verhindern und bedarf dazu keiner besonderen Gesetze.

Industrielle Rohstoffe und Halbfabrikate

Die zunehmende Devisenknappheit der Reichsbank macht eine schärfere Ueberwachung der Einfuhr und damit des Devisenbedarfs notwendig. Zu diesem Zwecke ist vom Reichsministerium das Gesetz über den Verkehr mit industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten erlassen worden, durch das die Verbringung der Industrie mit den lebenswichtigen Rohstoffen in einer wirtschaftlich möglichst günstigen Weise sichergestellt wird. Es sollen vor allem damit auch die Voraussetzungen für eine reibungslose und stetige Durchführung der Arbeitsbeschaffung erhalten werden.

Um jede unerwünschte Rückwirkung dieser Maßnahmen auf die Preisbildung im Inland zu verhindern, wird ferner eine Verordnung erlassen, die jede unberechtigte Preis-erhöhung auf dem gesamten Textilgebiet verbietet und unter Strafe stellt.

Aufhebung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats

Durch Reichsgesetz wird der vorläufige Reichswirtschaftsrat aufgehoben. Nachdem zwar das Gesetz vom 5. April 1933 die rechtlichen Grundlagen für eine Umgestaltung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats als vorläufiger Zwischenbildung geschaffen hatte, von dieser Möglichkeit jedoch durch Verordnung neuer Mitglieder für die Körperschaft kein Gebrauch gemacht worden war, ist die behördliche Einrichtung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats entbehrlich geworden. Es besteht kein Bedürfnis, sie noch bis zu ihrer Auflösung durch die etwaige spätere Krönung des ständischen Aufbaus zu erhalten.

Arbeitschlacht 1934

Reinhardt über die Ausichten des Regierungsprogramms.

Ueber die Arbeitschlacht im Jahre 1934 sprach vor der Presse der Staatssekretär in Reichsfinanzministerium Reinhardt.

Er bezeugte größtes Vertrauen in die Anfränkungen des Staates und der Wirtschaft, der Arbeitslosigkeit Herr zu werden.

Er glaubt, daß Ende März die Notkurve der Erwerbslosenziffer die Drei-Millionen-Grenze erreiche, ja vielleicht unterschreiten werde.

Daß im August nur noch etwa 2 Millionen Arbeitslose würden feiern müssen und daß ein Wiederanstieg der Zahlen in größerem Maßstabe nicht zu befürchten sei.

Insgesamt 3 Milliarden RM würden aus öffentlichen Mitteln teils direkt teils mittelbar über Steuervergünstigungen usw. im Verlauf der diesjährigen Arbeitschlacht eingesetzt, das sind 50 v. H. mehr als im vergangenen Jahre. Aus diesem sei noch ein großer Arbeitsvorrat vorhanden, der auf etwa 1 Milliarde zu schätzen sei, da sich viele Maßnahmen erst in diesem Jahre voll auswirken würden.

Der Staatssekretär gab auch Zahlen über die Entwicklung der Ehestandsbeihilfen bekannt. Im August 1933, als diese die Wirtschaft hart lebende Maßnahme des Kabinetts einleitete, wurden 8346 Gehülde bewilligt, im Dezember waren es bereits 40 980, im Januar 1934 noch immer 34 260, so daß zunächst gefoppt werden mußte.

Im kommenden April werden rund 50 000 Bewilligungen erteilt werden können, im Jahre 1934 werden es insgesamt 200 000 sein in Höhe eines Gesamtbetrages von 150 Millionen.

An Mitteln, die für die Arbeitschlacht weiterhin zur Verfügung gestellt werden, führte der Staatssekretär an: Das Gesetz über die Steuerfreiheit bei Erbschaftsbeschlüssen gelte noch bis 31. Dezember 1934. Das Steueraufkommen im Etat sei absichtlich niedriger angelegt, weil ermartet werde, daß die Erbschaftsbeschlüsse in größerem Umfange weitergeführt werden würde. 300 Millionen können in Steuerzuschüssen, davon seien noch 150 Millionen in der Hand der Steuerpflichtigen, 150 in der Hand der Banken.

Es ständen weiter 50 Millionen für die Vermehrung der Zahl der Hausgehilfen zur Verfügung.

300 Millionen würden durch die Erleichterungen bei der Abgabe für die Arbeitslosenhilfe in den Konsum hineingeleitet werden.

100 Millionen ständen der Landwirtschaft aus der Senkung der Grundsteuer zur Verfügung. 750 Millionen würden für die Autobahnen ausgegeben.

Der Staatssekretär erläuterte weiter die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes über die Erhaltung und Hebung der Kaufkraft, dessen Ziel u. a. sei, die Spanne zwischen rohem und reinem Lohne zu verringern, die durch alle möglichen Abgaben, Beiträge usw. zu groß geworden sei.

In dieser Verbindung stelle er mit, daß die freiwillige Spende für Arbeitsbeschaffung insgesamt 130 Millionen RM ergeben hätte.

Die Arbeitslosenabgabe hätte bisher 530 Millionen erbracht, sie sei jetzt um 300 Millionen gekürzt. Die Entlastung kommt den kinderreichen und minderbemittelten Kreisen zugute und würden den Konsum vergrößern.

Diese Lohnentlastung sei nur ein erster Schritt auf dem Wege zur General-Steuerreform, die im Herbst 1934 kommen werde und eine allgemeine Lastenentlastung einleiten werde.

Beschleunigung des Güterverkehrs

Schnellgüterzug mit 90-Stundenkilometer-Geschwindigkeit.

Mit der Einführung des Sommerfahrplans bei der Reichsbahn am 15. Mai d. J. tritt auch auf dem Gebiet des Güterverkehrs eine wesentliche Neuerung ein. Die Reichsbahn hat sich nämlich auf ihrer letzten Besprechung über den Güterzugverkehr auf Einführung einer erheblichen Beschleunigung im Güterzugverkehr entschlossen.

Auf der Strecke Hamburg-Berlin, auf der der Vorkriegsabstand auf 1200 Meter erreicht ist, werden erstmalig verkehrsweises Güterzüge mit 75 Stundenkilometer Geschwindigkeit vom 15. Mai 1934 ab gefahren, wodurch besonders im Verkehr nach Sachsen und darüber hinaus erhebliche Zeitgewinne erzielt werden. Unter Verwendung neuangelegter Wagen wird erstmalig für die Dauer der Frühbühnen in Mittelbaden, in der Pfalz und am Rhein ein Schnellgüterzug nach Berlin und Hamburg mit 90 Stundenkilometern regelmäßig gefahren.

Die an Vortag in den Erzgebirgsgebieten geernteten Früchte stehen bei Marktbeginn am folgenden Tage in Berlin, Hamburg und Leipzig und am Nachmittag des folgenden Tages in Königsberg in Preußen Verbrauchern zur Verfügung. Der Schnellgüterzug Bielefeld (Baden)-Berlin erreicht eine durchschnittliche Reisegeschwindigkeit von 57 Stundenkilometern und übertrifft damit den bisher schnellsten Güterzug der Reichsbahn Basel-Monken (Belgien).

Steuerreform

Deutschlands Finanz- und Wirtschaftspolitik

Reichsfinanzminister Graf Scherwin von Krogiß hielt in der Universitäts-Minister einen großangelegten Vortrag über das Thema: „Öffentliche Finanzen und Wirtschaft“. Der Minister gab zunächst einen Überblick über die Finanzpolitik der letzten Jahre und zeigte dabei auf, wie ungeheure schicksalserbundenen Wirtschaft und öffentliche Finanzen sind. Das Jahr 1933 habe mit der Maßnahme durch Adolf Hitler die entscheidende Wendung gebracht. Die Arbeitslosenfrage sei stark abgemildert, was übrigens — und hier wandte sich der Minister an das Ausland — durch die Statistik der Franzosen voll bestätigt wurde. Zu Beginn des Jahres 1933 sei in der Arbeitslosenfrage ein Fehlbetrag von 750 Millionen Mark entstanden. Trotzdem habe er damals keine Ausgleichsmaßnahmen vorgeschlagen, überzeugt davon, daß aus der Arbeitsbeschaffung eine solche Senkung der Arbeitslosenfrage kommen würde, daß dieser Fehlbetrag praktisch auch nicht annähernd in der erwähnten Höhe in Erscheinung treten werde. Tatsächlich sei denn auch der damals angenommene Fehlbetrag bereits auf 200 Millionen Mark heruntergegangen. Bestätigt werde die wirtschaftliche Besserung weiter dadurch, daß die Umsatzerlöse nicht 1350 Millionen erbracht habe sondern rund 1500 Millionen Mark. Der Minister fuhr dann fort:

Das, was 1933 geschaffen worden ist, waren nicht zusammenhanglose plöbliche Einzelneinlässe, sondern alles waren Glieder eines einheitlichen Planes. Die Bekämpfung der Wirtschaft kann nur dadurch erfolgen, daß Kassen, die wir als überhöht erkannt haben, gekürzt werden. Das ist im Laufe des Jahres geschehen, aber nicht in der Form, daß wir eine einheitliche große Senkung gemacht hätten; denn dazu waren wir zunächst nicht imstande, sondern dadurch, daß wir eine Senkung hatten eintreten lassen, die alsbald ein wirtschaftliches Ergebnis brachte.

Der Minister erwähnte in diesem Zusammenhang den Fortschritt der Kraftfahrzeugsteuer und die Gewährung von Darlehen zur Förderung der Geschlechtsfragen.

Wenn man jetzt auf landwirtschaftlicher Seite zugibt, daß es langsam besser wird, dann ist das nicht nur eine Folge der Maßnahmen auf dem Gebiete der Preisgestaltung sondern auch eine Folge der Maßnahmen, die zur Entlastung ergriffen wurden. Die Sanierung der Gemeinden, die Gemeindeumschulung und die Übernahme des Straßenfunktions von den Gemeinden auf das Reich, die Beseitigung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden, sie sind nicht geschaffen worden im Interesse der Gemeinden, sondern das ist ein Mittel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Es ist damit natürlich nicht gelungen, die Gemeinden zu sanieren.

Gesunde Kommunalfinanzen

Aber das Gros der Gemeinden kann zum ersten Male für 1934 wieder einen ausgeglichenen und gesunden Haushalts aufstellen.

So lange aus einer erstarren Wirtschaft die Initiative nicht volle Ergebnisse bringt, so lange die normale Auftragserteilung nicht wieder das übliche Maß erreicht, so lange muß eine zusätzliche Arbeitsbeschaffung vom Reich eingreifen. Diese öffentliche Arbeitsbeschaffung war absolut notwendig, muß aber auch in ihrer Begrenzung verstanden werden, weil sie nur eine Übergangszeit überbrücken soll. Es ist falsch, von einer künstlichen Arbeitsbeschaffung zu sprechen, denn sie ist nicht künstlich, sondern sie ist in diesem Augenblick und in dieser Lage notwendig und gerechtfertigt.

Der Minister behandelte dann eingehend die Frage der Finanzierung und betonte dabei, daß das Geld zur Bezahlung der Arbeitsbeschaffungsprogramme selbstverständlich nicht dem laufenden Haushalt entnommen werden konnte. Da Reserven aus guten Zeiten nicht vorhanden seien, habe man die Reserven aus der Zukunft vorübergehend nehmen müssen. Weiter wies der Minister darauf hin, daß im Arbeitsbeschaffungsprogramm schon an Steuerzuschüssen eine Vorbelastung von rund 4 Milliarden steck, und weiter ein Haushaltsfehlertrag in Höhe von 2 Milliarden Mark aus vergangenen Zeiten mitgeschleppt werden muß.

Jegendeine Gefahr für die Währung bestehe damit jedoch nicht, da durch die Maßnahmen der Reichsregierung die Quellen erschlossen worden seien, aus denen die Vorbelastungen wieder abgezahlt werden können.

Was den Plan für 1934 betreffe, stehe aus dem Programm des Vorjahres noch ein nicht unerheblicher Rest zu Verfügung: dieser Restbetrag und die Durchführung des

Autobahnenprogramms ergeben bereits das gleiche Volumen wie 1933. Hinzu komme, daß die mittelbare Auswirkung des Arbeitsbeschaffungsprogramms von 1933 sich erst jetzt auszuwirken beginne.

Aber eines ist tatsächlich stark zurückgeblieben: Die Arbeitsprogramme hätten sich nur auf einen Teil der Industrie ausgewirkt. Hier müsse nachgeholt werden. In diesem Zusammenhang wies der Reichsfinanzminister auf das vom Kabinett verabschiedete Gesetz zur Verstärkung der Kaufkraft hin. Es ist unmöglich, Steuerpolitik zu treiben, wenn gleichzeitig die zahlreichen neuen Gesellschaften des öffentlichen Rechts ohne Rücksicht auf den Finanzminister Beiträge usw. erheben können.

Senkung der Einkommensteuer

In diesem Jahre, so fuhr der Minister fort, steht die Steuerreform auf dem Programm der Regierung. Ich bin der Überzeugung, daß wir mit der wichtigsten Steuer, der Einkommensteuer, wesentlich herabgehen können. Es ist eine alte Erfahrung, daß zu hohe Einkommensteuersätze sich stumpf laufen. Ich glaube deshalb, daß wir eine Reform eintreten lassen können, weil ich auf einen Mehrertrag der Einkommensteuer infolge steigender Steuerelastizität rechne.

Der Minister streifte dann die Frage unserer Beziehungen zum Ausland und den Rückgang unserer Industrieausfuhr sowie die Frage der Rohstoffbeschaffung. Amerika werde einziehen müssen, daß es auf die Dauer einen Kuchen nicht doppelt essen könne, und zwar nicht gleichzeitig als Gläubiger und als Exporteur. Auf eines müsse es verzichten. Der starke Staat, den wir jetzt haben, sei berufen zu einer aktiven Wirtschaftspolitik, aber die Initiative und Verantwortlichkeit des einzelnen Wirtschaftlers und Arbeiters muß unangetastet bleiben.

Es geht vorwärts

Der Stellvertreter des Führers in Hamburg.

Der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Rudolf Heß, weilte in Begleitung des Reichsleiters Martin Bormann in Hamburg. Der Besuch des Ministers galt zunächst der ihm unterstellten Auslandsorganisation. Der Stellvertreter des Führers befragte eingehend die Räumlichkeiten und Einrichtungen der Auslandsorganisation und ließ sich von den Delegierten der zahlreichen Abteilungen über die umfangreiche und weltumspannende Arbeit ausführlich Bericht erstatten. Anschließend stattete er der Seefahrtsabteilung im Gloman-Saal einen Besuch ab.

Aus Anlaß der Anwesenheit des Stellvertreters des Führers veranstalteten die politischen Leiter des Gaues Hamburg der NSDAP gemeinsam mit dem Amtswalter der NSD. einen eindrucksvollen Aufmarsch auf dem Adolf-Hitler-Platz. Am dem Rathausportal nahm Reichsminister Heß mit Reichsstatthalter Kaufmann den Vorbeimarsch ab. Vom Mittelteil des Rathauses hielt der Stellvertreter des Führers eine Ansprache, in der er nach einem Rückblick auf die Jahre der Not ausführte:

Die Menschen haben wieder eine Hoffnung, sie haben wieder einen Glauben. Ein Drittel von denen, die einst ohne Arbeit waren, sind heute in Arbeit. Ein Jahr nach der Verkündung des Vierjahresprogramms des Führers ist bereits ein Drittel davon erfüllt. Gewiß, sie arbeiten um fargen Lohn, aber während sie in früheren Jahren bei allen Rückschlägen keine Hoffnung haben konnten, so sehen sie doch heute alle: es geht voran, langsam, aber sicher.

„Sie sind Kämpfer in einer Stadt“, wandte sich der Stellvertreter des Führers an seine Mitkämpfer, „die das größte Ausfalltor Deutschlands ist. Hier laufen die Schiffe ein und aus, hinaus in die Welt, und mit den Schiffen und ihren Mannschaften werden die Ideen des Führers hinausgetragen in die Meere zu anderen Völkern. Hier in Hamburg aber auch kommen die fremden Gäste nach Deutschland hinein, und hier bekommen sie den ersten Eindruck vom jungen und neuen nationalsozialistischen Deutschland. Das gibt Ihnen, meine Mitkämpfer, besondere Verpflichtungen auf. Sehen Sie sich diesen immer bemüht daß der erste Eindruck für die Fremden entscheidend ist.“

Selen Sie sich auf Trill und Schritt bemüht, daß Sie die Repräsentanten des Nationalsozialismus sind. Denken Sie, wo Sie auch stehen, an den Führer, an Ihr Volk und an Ihr Deutschland. Denken Sie daran, daß spätere Generationen auf Sie schauen werden und Ihr Urteil fällen werden. Selen Sie würdig Ihres großen Führers. Selen Sie würdig Deutschlands.“

Im hohen, mit hübler Pracht eingerichteten Zimmer herrschte einen Augenblick Stille, die nur von dem gleichmäßigen Ticken der große Standuhr unterbrochen wurde. Frau von Hagen blickte sich ängstlich auf die Lippen, und der finstere Blick ihrer kalten Augen streifte den Mann, der soeben erklärt hatte, daß ihm nichts mehr an dem Stück Land liege. Damals, ja, da wäre es was anderes gewesen, aber jetzt hätte er sich die Geschichte überlegt. „Aber ich brauche Geld“, stieß sie hervor, „und brauche das Land nicht mehr; ich hab' es eben auch überlegt. Wenn Sie es nicht kaufen, Herr Mathiesen, dann wird es ein anderer tun. Aber Sie täten mir wirklich einen persönlichen Gefallen.“

Hermann Mathiesen hätte am liebsten seinen Hut genommen und wäre davongegangen, denn er konnte jene Stunde damals nicht vergessen, als sie ihm fast grob seine Bitte abgelehnt hatte. Doch er konnte das Land so nötig für seinen Sägehof, den er unbedingt erweitern mußte, verwerten, da es doch daneben lag.

Wenn sie nicht dringend Geld nötig hätte, dachte er, so würde sie mir sicher nicht das Angebot jetzt gemacht haben. Aus purer Menschlichkeit tut sie es nicht! — Es war ihm eine gewisse Genugtuung, daß sich diese Frau so demütigen mußte; denn das tat sie, und es fiel ihr sehr schwer.

„Run gut“, sagte Hermann Mathiesen nach kurzem Ueberlegen, „ich werde das Land kaufen.“ Frau von Hagen atmete sichtlich auf. Dann sagte sie hastig:

„Es wäre mir lieb, wenn Sie mir gleich eine größere Anzahlung machen würden.“ Wenn Sie es wünschen, bin ich selbstverständlich dazu bereit. Mein Sohn wird morgen kommen und Ihnen die vereinbarte Summe überbringen.“

Sie zwang sich zu einem freundlichen Gesicht. Aber Hermann Mathiesen überließ die Hand, die sie ihm zögernd entgegenstreckte. Er machte nur eine knappe Verbeugung und verließ das Zimmer, während Frau von Hagen ihm mit verneinendem Gesicht nachbliebte.

Frankreichs starres Nein

Die Antwort an England. — Pariser Ausschüfte, Verhandlungen, Drohungen. — Schrei nach Genf.

Frankreichs Antwort an England in der Abrüstungsfrage konnte auch in London nach den Erfahrungen von und seit der Reise Edens kaum überraschen. Man war sich bei Frankreich dabei beargw, jeden erdlichen Abrüstungsvertrag zu durchkreuzen, wohl aber werden gerade die englischen Regierung die Weise und die Tonart besonders peinlich empfunden werden, mit der sich die französische Regierung angeht, einer so einbringlichen Aktion für Abrüstung zurückzieht auf ihr starres Nein, wie sie umhüllt einen Rückfall in Bedenken und Forderungen befundet, die man trotz allem doch heute für überwindlich hielt.

Die Rückkehr zu Versailles in der schonsten einzigen französischen Auslegung, der „schöne heilige“ Ruf Sicherheit, der Rückfall in die feindselige Drohung des langens nach Sanktionen — das sind die tatsächlichen Punkte der französischen Note, über die ihre mühsamen Schleierungsversuche nicht hinwegtäuschen können, und denen der Ruf nach dem Völkerrund als Exzentur der französischen Forderungen hinzugeht.

Die ganze Note ist ein einziges Negativum, so krankhaft sie sich bemüht, positive Töne vorzubringen. Frankreich ignoriert vollkommen die Wege, auf denen sich wenig in letzter Zeit die Erörterungen der ernsthaft um die Abrüstung bemühten Regierungen bewegt haben.

Es verläßt vollkommen die Basis, die sich aus diesen Erörterungen herauszuschälen begann. Es legt an ihre Stelle Anschauungen und Forderungen, die einer schonunden und überwindenen Zeit angehören.

Es fällt dabei sofort auf, wie von der französischen Regierung die Kontrollfrage, die in ihrer früheren Note so breiten Raum einnahm, plötzlich nur noch als Nebensache behandelt wird — seitlich zeigt, daß über die Punkt dank dem deutschen Entgegenkommen eine Verständigung durchaus möglich wäre. Statt dessen wird jetzt Problem der „Durchführungsgarantien“ in den Vordergrund gerückt, der Ruf nach Sanktionen, die in ein geordnetes System der Steigerung gebracht werden soll für den Fall einer etwaigen Bedrohung Frankreichs, dabei auch Beforgnis für die Sicherheit anderer Staaten zur Schau getragen wird, macht die Unaufrichtigkeit der Ausführungen doppelt sichtbar.

Entscheidend ist die bedingungslose Ablehnung jeder französischen Abrüstung.

Man ist in Paris nicht bereit, einem Vorschlag nachzutreten, der die Abrüstung Frankreichs vorläßt, wie so sagt die Note, die sich eingangs nicht genug um ein Eigenlob über „Frankreichs Taten am Wert der Abrüstung“. Einige wenige kurze Daten genügen, um Taten ins richtige Licht zu rücken. Nachdem Frankreich seinen Heeresetat in den Jahren 1928 bis 1932 durch ständige Steigerung der Ausgaben um 100 Prozent erhöht hatte, war es ihm ein leichtes, im Jahre 1933 der gegenüber Abstriche im Heeresetat vorzunehmen, die allerdings nur etwa 10 Prozent gegenüber dem Vorjahre trugen. Das gleiche gilt für die Effektivstärke des französischen Heeres, die in den vorangegangenen Jahren so gesteigert wurde, daß die Verminderung im Jahre 1934 vollkommen wettgemacht ist.

Dagegen haben die französischen Kolonialstreitkräfte den Jahren nach dem Kriege eine starke Vermehrung erfahren, die sie auf fast das Doppelte des Standes Kriegsbeginn bringt. Die französischen Heeresausgaben tragen nicht weniger als 34 Prozent des französischen Haushaltes für 1933.

Zum Vergleich genügt der Hinweis darauf, daß für England 15,4 Prozent, in den Vereinigten Staaten Nordamerika 8,6 Prozent, in Sowjetrußland 6,5 Prozent betragen und in Deutschland, wo die Untkosten für das Heerwilligenheer besonders hoch sind, nur 4,5 Prozent.

So sehen die Dinge in Wirklichkeit aus. Das weiß man in England ebenso genau wie überall in der Welt.

Man weiß dort auch, besonders nach der Reise des Vizekonsuls Eben weiß man das mit unbedingter Sicherheit, was Deutschland für die Abrüstung anbetan hat.



Vom Schloss zur Sägemühle

ROMAN VON LUCIE REINHARD.

„Wenn du es willst, so schweigen wir noch und halten unsern Mund geheim, trotzdem es mir nicht recht erscheint, so hinter dem Rücken meiner Eltern und deiner Großmutter. Ich bin stets für Klarheit und möchte dich vor aller Welt meine Braut nennen.“

„Sie werden uns trennen, wenn sie es wissen“, sagte sie zitternd. „In den nächsten Tagen kommt meine Schwester mit ihrer Familie auf einige Wochen her, und wenn sie erfährt, daß wir uns lieben, wird sie alles mögliche versuchen, uns auseinanderzubringen.“

„Wenn es ihr gelingt!“ lachte er glücklich und preßte sie an sich. „Wenn du mich liebst, Veronika, wird keine Macht der Erde dich zu etwas zwingen können, das unser Glück vernichtet. Und wenn die Zeit vorüber ist und eure Gäste wieder fort sind, dann, mein Mädchen, bitte ich die Großmutter um deine Hand. Und wenn sie dagegen ist, so warten wir eben, bis du großjährig geworden bist.“

„Und was werden deine Eltern sagen, Gerhard?“

„Sie werden sich beide freuen über unser Glück. Die Mutter hat dich ja schon lange in ihr Herz geschloffen, das weißt du ja; und der Vater wird auch nichts dagegen haben, wenn er sieht, daß wir uns lieben. Und das tun wir doch — nicht wahr, mein süßes Mädchen?“

„Ja, Gerhard, unbeschreiblich.“

In den Büschen verlor der sehnüchsvolle Sang der Nachtigall. Das hörten die beiden aber nicht; sie waren eingepfunden in ihr junges Glück wie mit Zaubersäden.

Sie hatte wenigstens erreicht, was sie wollte: Geld, viel Geld für die nächste Zeit, wenn der Besuch kam. Aber in ihre Genugtuung mischte sich doch eine gewisse Beschränkung, daß sie sich hatte so demütigen müssen, gerade diesen Mathiesens gegenüber.

Mit zitternden Händen legte sie die letzten Schmuckstücke, die sie hätte verkaufen müssen, wenn aus dem Kauf nichts geworden wäre, wieder in ihren Notofolienreißbühl zurück. So viel stand bei ihr fest: Wenn Veronika Frau von Trofen war, mußte sie für alle Ausgaben, die sie doch nur ihrem eigenen Wohlstande, mit Zins und Zinseszins zurückerstatten.

Dann würde man auch das Schloß wieder renovieren lassen, könnte sich wieder neu einrichten, neue Pferde kaufen und Gäste einladen, denn Trofen sollte schwerreich sein. Frau von Hagen verfant in lodende Zukunftsbilder, die vor ihrem Geist erstanden, und träumte sich zurück in Reichtum und Glanz.

Und währenddessen saß Veronika auf der verschwiegenen Wank in dichten Beschäft und sah sich schon im Glück als einfache Frau Mathiesens über den Sägehof geben, sah sich schalten und walten in Haus und Garten, und sah eine blühende Ackerbürgerin lachend um sich herum tummeln.

„Was wollte denn die stolze Frau von Hagen“, fragte Frau Anna ihren Mann, „daß sie dich zu sich bitten ließ?“

„Wie ich dachte — mir das Land wieder anbieten“, erzählte Hermann Mathiesens schmunzelnd. „Stet wahr scheinlich wieder in arger Geldverdrängnis.“

„Sie bekommt ja auch den Besuch ihrer verheirateten Enkelin und ihrer Familie, wie Fräulein Veronika erzählt, und das kostet natürlich sehr viel Geld. Die Mathiesens lieben doch, aus dem vollen zu wirtschaften“, sagte Frau Anna.

„Und verkaufen ein Stück Land nach dem andern“, niede der Sägemüller und wandte sich dann an seinen Sohn: „Du kannst morgen für mich das Geld zu ihr bringen, Gerhard; ich mag mit der Frau nicht mehr zu tun haben.“ (Fortsetzung folgt.)

es weiter zu tun bereit ist. Aber man weiß auch, was Deutschlands Mindestforderungen sind, die ihm das Gebot der Aufrechterhaltung der nationalen Würde diktiert, und diese deutschen Notwendigkeiten hat England weitgehend in Rechnung gestellt, als es sein letztes Memorandum an Frankreich richtete. Nun sieht sich London der Pariser Antwort gegenüber. Es sieht sich vor einer neuen, von Frankreich verhandelt, schweren Trübung der europäischen Atmosphäre. Hoffen man in London noch immer mit Gründen der Vernunft zum Erfolg zu kommen, wo mangelnder guter Wille so offen zu Tage steht? Noch einmal hat England das Wort. Aber die Stimme aus Frankreich klingt nichtend über die Welt.

Stärkung der Kaufkraft

Wichtige Beschlüsse des Reichskabinetts

Das Reichskabinetts verabschiedete in Fortsetzung seiner Beratungen ein Gesetz zur Erhaltung und Hebung der Kaufkraft. Dieses Gesetz steht in seinem ersten Teil eine Kontrolle der Finanzgebarung der juristischen Personen des öffentlichen Rechts und ähnlicher Verbände und Organisationen vor.

Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten nicht für die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, für die Träger der Sozialversicherung, für die Deutsche Reichsbank und die Deutsche Reichsbahn, für die Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts und für die NSDAP. Sie finden dagegen Anwendung auf Verbände und Organisationen, die sich in der einen oder anderen Weise an die NSDAP, annehmen und auf besondere Anordnung der Reichsregierung auch auf Verbände und Organisationen, die zwar nicht juristische Personen des öffentlichen Rechts sind, wenn an ihrer Finanzgebarung und an der Erhebung von Umlagen und Beiträgen durch sie ein öffentliches Interesse besteht.

Das Gesetz sieht eine weitgehende Finanzsicht und Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben der genannten Verbände und Organisationen vor, ebenso eine Kontrolle der Umlagen und Beiträge, die von diesen Verbänden und Organisationen erhoben werden.

Der zweite Teil des Gesetzes befaßt sich mit der Erhebung von Spenden, die in Zukunft der Genehmigung des Stellvertreters des Führers der NSDAP im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister bedarf. Der dritte Teil enthält Bestimmungen über die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe, wonach eine wesentliche Beschränkung in der Abgabepflicht bzw. eine völlige Befreiung von der Abgabe eintritt.

Befreiung von der Arbeitslosenhilfe

Die Kaufkraft der Bevölkerung wird durch die wesentlichen Steuer- und Beitragserleichterungen um mehr als 300 Millionen RM verbessert, und zwar allein bei den Lohn- und Gehaltsempfängern. Bei den Erleichterungen für die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe wurden bevölkerungspolitische Gesichtspunkte gewahrt. Lohn- und Gehaltsempfänger mit drei und mehr Kindern sind ab 1. April völlig frei von der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe, während für Ehepartner mit einem und zwei Kindern die völlige Freiheit nur bis zu einem Monatsentlohn von 500 RM gewährt wird; bei höherem Einkommen in diesen Fällen treten ermäßigte Sätze ein. Die Freigrenze für die übrigen Arbeitnehmer liegt bei einem Monatsentlohn von 100 RM.

Staffelung der Abgabe

- Bei Steuerpflichtigen, denen keine Kinderermäßigung nach dem Einkommensteuergesetz zusteht, beträgt die Abgabe:
- a) wenn der Arbeitslohn im Monat den Betrag von 100 RM, aber nicht den Betrag von 150 RM übersteigt, 1,5 v. H.,
 - b) wenn der Arbeitslohn im Monat den Betrag von 150 RM, aber nicht den Betrag von 300 RM übersteigt, 2,5 v. H.,
 - c) wenn der Arbeitslohn im Monat den Betrag von 300 RM, aber nicht den Betrag von 700 RM übersteigt, für die ersten 300 RM 2,5 v. H., für den Restbetrag 5,75 v. H.,
 - d) wenn der Arbeitslohn im Monat den Betrag von 700 RM, aber nicht den Betrag 3000 RM übersteigt, 5,75 v. H.,
 - e) wenn der Arbeitslohn im Monat den Betrag von 3000 RM übersteigt, 6,5 v. H. des jeweils gewährten Arbeitslohns.

2. Bei Steuerpflichtigen, denen Kinderermäßigung für ein Kind oder zwei Kinder nach dem Einkommensteuergesetz zusteht,
- a) wenn der Arbeitslohn im Monat den Betrag von 500 RM, aber nicht den Betrag von 700 RM übersteigt, 3 v. H.,
 - b) wenn der Arbeitslohn im Monat den Betrag von 700 RM, aber nicht den Betrag von 3000 RM übersteigt, 4 v. H.,
 - c) wenn der Arbeitslohn im Monat den Betrag von 3000 RM übersteigt, 5 v. H. des jeweils gewährten Arbeitslohns.

Paragraph 5. (1) Die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe beträgt 1,5 vom Hundert des Arbeitslohnes, wenn dieser nach Maßgabe einer der Gehaltsstufungsverordnungen zu kürzen war. Ausgenommen sind diejenigen Fälle, in denen die in Paragraph 3 bezeichneten Grenzen nicht überschritten werden.

Ferner genehmigte das Reichskabinetts ein Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes, wonach Steuerermäßigungen bzw. Steuerbefreiungen für Kraftfahrzeuge aus dem Ausland festgelegt werden, um den Fremdenverkehr zu fördern.

Das Gesetz über die Erhebung einer Abgabe der Aufsichtsratsmitglieder schafft keine neue Belastung, sondern dehnt lediglich die bisher unter der Bezeichnung „Zuschlag der Aufsichtsratsmitglieder“ bestehende Sonderbelastung auf die Zeit nach dem 31. März 1934 aus.

Ein Gesetz über die Bildung eines Anleihefiskus bei Kapitalgesellschaften bestimmt, daß bei Ausschüttung von 6 v. H. und mehr der gegenüber dem Vorjahre erzielte Mehrbetrag im Anleihen des Reiches, der Länder oder der Gemeinden angelegt werden muß.

Das Reichskabinetts genehmigte ferner ein Gesetz über Verlängerung des Ballistikuntersuches für die Binnenschifffahrt bis zum 31. Oktober 1934.

Ferner genehmigte das Reichskabinetts ein Gesetz zur Änderung des Scherengesetzes, wonach Danzig in den inländischen Scherengesetz einbezogen wird; ein Schlichtungsgesetz, durch das die jetzt noch bestehenden großen Verschiedenheiten der geltenden Gesetze beseitigt werden; ein Gesetz über Beaufsichtigung und Anerkennung gemeinsamer Wohnungsunternehmen, das mehrere an sich selbständige getragene Grundbesitzer zwecks Vermehrung besonderer Einzelgehälter zusammenfaßt; ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Förderung der Eheleistungen; ein Gesetz zur Änderung der Reichsabgabenordnung und des Waffengebrauchsgesetzes, das lediglich für die Beamten der Reichsfinanzverwaltung besondere Befugnisse festsetzt; ein Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit und andere Rechtsangelegenheiten in der Wehrmacht, das nur formale Bedeutung hat; ein Gesetz zur Änderung der Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens,

durch das die Vorschriften gegen den Hochverrat, gegen den Landesverrat und gegen den Verrat militärischer Geheimnisse zusammengefaßt, überflüssig gestrichelt und die Strafbestimmungen verkürzt werden; ein Gesetz über Reichsverweisung von Ausländern, und schließlich die Aufhebung des Gesetzes über die Befriedung der Gebäude des Reichslags und der Landtage, das heute überflüssig geworden ist (Bannmeiengesetz).

Oesterreichs neue Verfassung

Die Bejuncten der getragenen Körperschaften. Die „Allmähliche Wiener Zeitung“ befragt nunmehr in einem Artikel von besonderer Seite die bereits gemeldeten Grundzüge der österreichischen Verfassung und ergänzt sie durch eine Reihe bemerkenswerter Einzelheiten, aus denen hervorzuhelien ist, daß im allgemeinen die Regierungsorganen durch die getragenen Körperschaften nicht abgeändert sondern nur angenommen oder verworfen werden können.

Beratende Körperschaften werden vier errichtet werden: der Staatsrat mit 40-50 Mitgliedern, die vom Bundespräsidenten auf die Dauer von zehn Jahren ernannt werden; der Kulturrat mit 30-40 Mitgliedern; der Wirtschaftsrat mit 70-80 Mitgliedern und der Völkerrat mit je zwei Mitgliedern aus jedem Bundesland und aus Wien. Aus diesen Körperschaften wird dann die beschließende Körperschaft gebildet, die Bundesversammlung. In diesen Bundesversammlung wählen der Staatsrat 20 Mitglieder, der Kulturrat 10 Mitglieder, der Wirtschaftsrat 20 Mitglieder und der Völkerrat 9 Mitglieder.

Die Gesetzesinitiative liegt bei der Regierung. Die Regierung Holt von den beratenden Körperschaften Gutachten ein und arbeitet danach die endgültige Vorlage aus.

Staviskys Juwelen aufgefunden

In London beschlagnahmt. Ein französischer Polizeikommissar hat in dem Londoner Leihhaus Sulton die gesamten Juwelen Staviskys im Werte von 10 Millionen französischer Franken beschlagnahmt. Diese Schmuckgegenstände sind mit insgesamt 8000 englischen Pfund beschlagnahmt worden. Die erste Inhaberschaft geht auf den 25. September 1933, die vorletzte auf den 5. Dezember 1933 und die letzte auf den 8. Februar 1934, also auf eine Zeit nach dem Tode Staviskys zurück.

Die Schmuckstücke sind im Auftrage Staviskys aus dem Bayonner Leihhaus, wo sie als Pfand lagen, entfernt worden.

Der Sarg mit der Leiche Staviskys wurde auf dem Friedhof in Chamonix wieder ausgegraben und in das Leichenhaus übergeführt. Dort wurde der Sarg in Anwesenheit der Ärzte, die die erste Obduktion vorgenommen hatten, geöffnet. Die Ärzte zeigten den Vertretern der Gerichtsbehörde, daß die Brust Staviskys keine Wunde aufweist. Darauf wurde der Sarg wieder geschlossen. Er wird in einem Gepäckwagen nach Paris befördert, wo die zweite Leichenöffnung vorgenommen werden soll.

Der Brigadegeneral Bardi de Fourtou ist aus der Offiziersliste gestrichen worden. Die Streichung erfolgte als Grund der Beurteilung des Generals im Zusammenhang mit dem Stavisky-Skandal.

Merlei Neuigkeiten

Eidengorffs Entel geboren. In den Folgen eines Gehirnleidens starb in Altenboven bei Rosenheim Freiherr Karl von Eidengorff, der letzte Nachkomme des großen deutschen Romanikers und Dichters Josef von Eidengorff.

Die Brillanten in den Schulhöfen. Auf der Polizeistation des Bahnhofes Beuthen gelang es den polnischen Zollbeamten, einen außerordentlich großen Brillantenschmuggel aufzudecken. Bei der Abfertigung des Zuges Berlin-Budapest fiel den Beamten des verdächtigen Behaltens eines Mannes auf. Nach genauer Untersuchung seines Gepäcks wurde er auch einer Leibesdurchsuchung unterzogen, die ein ungewöhnliches Ergebnis hatte. Es wurden 1178 Brillanten verschiedener Größe, die zum Teil sogar in den Schulhöfen versteckt waren, zutage gefördert. Die Brillanten haben einen Wert von etwa 4 Millionen Zloty. Der Schmuggler ist ein jüdischer Kaufmann namens Schulten Gewoel aus Antwerpen. Er wurde in das Königshütter Gefängnis eingeliefert. Die Brillanten wurden beschlagnahmt.

Verurteilung französischer Spione. Das Strafgericht in Toulon hat einen Geschäftsmittel und einen Konstruktionszeichner wegen Unterjochung und unerlaubten Besitzes militärischer Schriftstücke zu 30 Monaten Gefängnis und 200 Francs Geldstrafe bzw. 1 Jahr Gefängnis und 100 Francs Geldstrafe verurteilt. Die beiden Verurteilten sollen verurteilt haben, Konstruktionspläne für Unterjochungen sowie Pläne für Torpedoenge an den englischen und japanischen Konsul in Marseille zu verkaufen.

Erdstöße und Bergstöße. In einigen Gebieten Oberitaliens, und zwar besonders in den Städten Bergamo und Brescia und in den anliegenden Tälern wurden drei heftige Erdstöße verurteilt. Der Bevölkerung bedrohliche sehr starke Erregung. Es sind nur leichtere Sachschäden verurteilt worden. In der bergigen Gegend von Pescara haben sich in der letzten Zeit wieder verchiedene Bergstöße ereignet. Am Monte Ercole haben die niederfürtzenden Geröllmassen zwei Brücken der Provinzialstraße mitgerissen. Zahlreiche Häuser sind eingestürzt.

Einfuhrzoll in einer Dorfschenke. In einer kleinen Dorfschenke der Provinz Teramo hatten sich ungefähr 150 Personen in der Dorfschenke zu einer spirituellen Sitzung versammelt. Plötzlich gab der Fuhrboden nach, und die ganze Gesellschaft verlor in den unter dem Total befindlicher Kellerraum. 33 Personen wurden bei dem Sturz in die Tiefe verlegt, darunter drei schwer, so daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Eisbrecher „Kraffin“ unterwegs zur „Tscheljustin“-Belastung. Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, ist der Eisbrecher „Kraffin“ aus Leningrad ausgelaufen, um an der Rettungssaktion für die Belastung der „Tscheljustin“ teilzunehmen. In der Nacht von Dultorfoje sind fünf Sowjetflugzeuge zur Rettung der „Tscheljustin“-Belastung aufgeflogen, um nach Kap Wankarem zu fliegen. Diese Stelle des nordibirischen Festlandes liegt dem Vager der „Tscheljustin“-Belastung im Eismeer am nächsten, so daß man hofft, mit Hilfe der Flugzeuge von dort aus die Belastung retten zu können. Ferner wurden dem Kommando zwei Komplettschiffe auf dem Dampfer „Somjet“ verladen, die auf dem Seewege nach der nordibirischen Küste geschickt werden sollen, um dort ebenfalls für die Rettungsarbeiten eingesetzt zu werden.

Aus Nah und Fern

Mitteilungen und Berichte über örtliche Vorkommnisse sind der Schriftleitung stets willkommen.

ESL 12 h, den 27. März 1934

Pages 2 Vierger

©-Aufgang: 6 Uhr 17 Min. ©-Untergang: 6 Uhr 50 Min.

Sochmasser: 12.19 Uhr Vorm. — 12.36 Uhr Nachm.

28. März: 1.18 Uhr Vorm. — 1 Uhr Nachm.

* Das Postamt zählt die Speerestanten für April am 28. März, die Zwaaliden- und Unfallrenten am 31. März.

* „Schulschiff Deutschland“ des Deutschen Schulschiff-Vereins ist nach einer Radiomeldung vom 24. März infolge Windstille bei Folkestone im Englischen Kanal zu Anker gegangen.

* Die Segelfliegergruppe ESL 12 h labete zu Sonnabendabend alle Wehrverbände und daterländischen Vereine zum 1. Kameradschaftsabend mit Damen im Bootshaus, dem winterlichen Bauraum der Fliegergruppe, zu Kaffee und Kuchen ein. Kamerad Höpfer, der Stützpunktleiter, hieß alle Erschienenen aufs herzlichste willkommen, freute sich zu dem guten Besuch, und brachte auf die Gäste, insbesondere auf die deutschen Frauen, ein dreifaches Flugheil aus. Kuchen waren im Laufe des Nachmittags in Hausen gestiftet worden, so daß jeder sich ausgiebig bei der lederen Sache annehmen konnte. Herr Bürgermeister Jöbken ergriff das Wort. In fertigen, begeisterten Worten sprach er über die Begriffe der Treue und der Kameradschaft. Er erwähnte weiter, so wie der Fliegersturm sein Fest heute aufgezogen hat, und daß alle Wehrverbände durch ihre Führer vertreten sind, so wäre das richtig im Dritten Reich. Bürgermeister Jöbken bat, daß dieses kameradschaftliche Verhältnis und dieses gute Einvernehmen so weiter gepflegt werden möge. Es sprachen ferner: Herr Küllen für die VV-Referate 1 „Stahlhelm“, Herr Reide für den Segelclub „Werkstatt“, Herr Denker für den Marineklub. Alle Redner erwähnten das gute Verhältnis und den guten Geist innerhalb der Fliegergruppe und versprachen alle, weiterhin miteinander gute Kameradschaft zu pflegen. Einen besonderen Dank erntete Kamerad Neumann, der geistige Urheber und Ausführender des Fliegersturm mit seinem Assistenten Kamerad Nowold. Mit einigen Verbesserungen innerhalb der Fliegergruppe, mit der Verleihung des Flieger-Chargenabzeichens, das an der Mütze zu tragen ist, an den für die Flieger so verdienstvollen Herrn Bürgermeister Jöbken, wurde der offizielle Teil des Abends beendet und man ging zur Fidelitas über. Bei Musik, Gesang und Vorträgen verging die Zeit im Fluge. Jeder, der die kleine, einfache und doch so nette Veranstaltung miterleben durfte, wird bestätigen, daß jene aus harmonischste verlaufen ist. Flug Heil!

* Das Pflichtturnjahr im DZ-Gebiet Wesermarsch. Das Pflichtturnjahr wurde vor drei Jahren im Bayerischen Turnverband eingeführt. Nach dem Umbruch der DZ steht es sich auch immer mehr im DZ-Gebiet Wesermarsch durch. Zahlreiche Vereine haben bereits ihre Pflichtturner-Niege. Brand, der Pflichtturnleiter der DZ schreibt dazu in der Deutschen Turnzeitung: „Wem soll das Pflichtturnjahr nützen? — Dem einzelnen Turner, der ein gesunder, maderer, tummelhafter Reel werden soll, der über den Kampf ins Brot nicht verzifft, daß er ein Deutscher ist, ein wertvolles Glied des deutschen Volkes, dem er mit Leib und Seele dienen und für das er jedes Opfer bringen soll. Ein Turner im Jahnischen Sinne sein, heißt rein und ringfertig, feuch und kühn, wahrhaft und wehrhaft, heißt ein Kämpfer sein. Den größten Nutzen werden die Turnvereine haben. Die Pflichtturner werden das Gerippe eines geregelten Turnbetriebes sein. Aus der turnerischen Vereinsarbeit herauswachsend und in harter Lehre turnerischen Gemeinschafts-sinnes erzogen, werden in den Pflichtturnern die arbeits-tüchtigen, treuen und verantwortungsbewußten Führer erwachsen. Den größten Nutzen aber wird das Vaterland aus der Mithilfe der DZ zur Ideenwelt Jahn ziehen.“ Der DZ-Gebiets-Oberturnwart Hermann Kreuze des DZ-Gebiets Wesermarsch verlangt von den Pflichtturnern, daß sie sich auf allen turnerischen Arbeitsgebieten betätigen. Jeder Turner sollte auch verstanden, im Rahmen des Pflichtturnjahres die Übungen für das Reichssportabzeichen zu machen. Daß alle Turner, die nur irgendwie dazu befähigt sind, das SL-Sportabzeichen erwerben, ist ihm selbstverständlich. Er schreibt seinen Turnbrüdern: „Wo nur heran! Alle Vereinsführer verpflichten ihre Turner auf das Pflichtturnjahr, jeder Turner nimmt regelmäßig jede Woche wenigstens an einem Übungsabend teil. Auch Turner, die über 25 Jahre alt sind, können sich beteiligen. Der Turnwart führt gemessenhaft Aufsicht. Wer mehrgahs dreimal unentschuldig fehlt, muß auscheiden. Am Ende des Pflichtturnjahres erhält jeder Turner eine Befähigung über seine Teilnahme. Sie kommt als Einlage in den Turnpaß.“ — In der nächsten Zeit wird der Oberturnwart eine Rundfrage bei den Vereinen des Gebietes halten, um festzustellen, ob

Millionen beginnen den Tag Millionen beschließen den Tag mit Chlorodont

Und Sie, lieber Leser? Denken Sie daran: Sie brauchen alle Ihre Zähne - alle Ihre Zähne brauchen Chlorodont!

Geschäftliches

(Außer Verantwortung der Schriftleitung) Auf die vom Winterhilfswert ausgehenden Gürtelcheine für Hilfsbedürftige über Braunkohlenbriketts kann jeder Berechtigter von seinem Kohlenhändler alle Sorten rheinischer Briketts, und zwar auch die durch ihre hohe Heizkraft und sparsame Verbrennung bei allen Verbrauchern beliebten rheinischen Doorbriketts „GN“, oder „B“ anfordern, so daß jeder Inhaber eines Gutscheines die Gewähr hat, erstklassige Braunkohlenbriketts zu bekommen.

und in welcher Form die Pflichtturner-Kiege eingerichtet worden sind. Dann darf kein Verein, auch der kleinste nicht, fehlen. v. Schammer und Osten sagt: „Alle, die willens sind, mitzuarbeiten, rufe ich auf, an die praktische Arbeit zu gehen, mitzubekleben und dort anzupacken, wo es notwendig ist, das eigene Ich zurückgestellt vor der hohen Aufgabe, ein großes Kulturgut, unseres deutschen Volkes Sport und Turnen, mit Herüberzunehmen in die neue Zeit als einen Bestand von Kraft, Stärke, Stolz und Ehre.“

* Unterbringung von Kriegsgesoldaten. Die Arbeitsämter haben es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben angesehen, allen Unterbringungsmöglichkeiten für Kriegsgesoldaten sorgsam nachzugehen und bei den Arbeitgebern nachdrücklich auf die Einstellung von Kriegsgesoldaten hinzuwirken. Im Zuge dieser Bestrebungen ist zwischen dem Reichsleiter der NS-Kriegsopferversorgung und dem Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine Vereinbarung getroffen worden, die ein enges Zusammenarbeiten zwischen den Arbeitsämtern und den Dienststellen der NS-Kriegsopferversorgung sicherstellt. In gemeinsamer Arbeit soll eine einheitliche Werbeaktion im Rahmen der Frühjahrsbeschäftigung gegen die Arbeitslosigkeit durchgeführt werden. Kein Weg soll unbeschritten bleiben, um Kriegsgesoldaten im Rahmen des Möglichen Arbeit und Brot zu geben. Damit wird eine Dankeschuld gegenüber den Männern erfüllt, die in schweren Jahren des Weltkrieges Leben und Blut für ihr Vaterland eingesetzt haben.

* Patentschau. B. Holfhaus, Maschinenfabrik, A.-G., Dinklage i. D. Dorschtob. Gebrauchsmuster.

Hesper Torfwerk G. m. b. H., Meppen. Maschine zum Stechen, Heben, Fördern und Ablegen von Torfsoden. Erteiltes Patent.

Carl Peters, Apen i. D. Federnde Befestigungsclammer für Müchlichtstrahler. Gebrauchsmuster.

Paul Söker, Nürtingen i. D. Auswechselbarer Gummiablaß. Gebrauchsmuster.

Hans Krause, Oldenburg i. D. Bleistiftspitzer. Gebrauchsmuster.

* Oldenburger Landesheater. Dienstag, 20 Uhr: (A 26) „Zwei Herzen im Dreivierteltakt“. Mittwoch, 20 Uhr: (DB, IB, IIB, IID, IHD) „Alle gegen einen, einer für Alle“. Donnerstag, 20 Uhr: (B und C 26) „Ratsk.“. Sonnabend, 20 Uhr: (AA) „Die Fächerherbst“. 0.50 bis 1 RM. Sonntag, 18 1/2 Uhr: (AA) „Götterdämmerung“. Montag, 19 1/2 Uhr: (AA) „Zwei Herzen im Dreivierteltakt“. 0.50 bis 3 RM.

§ Oldenburg. Verein Oldenburger Hengsthalter. Seit Jahren war die außerordentliche Mitglieder-Verksammlung im „Neuen Hause“ nicht so stark besucht wie diesmal. Als besondere Teilnehmer seien genannt Ministerialrat Tanzen als Regierungsvertreter, Landesökonomierat Meyer, Krägerdorf bei Berne (Vorsitzender der Staatlichen Röntgenkommission) und der Präsident des Pferdezüchterverbandes Hullmann, Eshorn. Der Vorsitzende, H. Schildt, Gammelwarderauendisch, gedachte des verstorbenen Mitgliedes Führer, Oberstrobe bei Varrel und erteilte dem Geschäftsführer, Ministerial-Jaspertor Helms, das Wort zu etwa folgendem Bericht: Die Hengstzucht war in diesem Jahre als Zeichen eines erfreulichen

Werbung schafft Arbeit!

Aufruf der nordwestdeutschen Zeitungsverleger.

Der Landesverband Nordwestdeutschlands des Reichsverbandes der deutschen Zeitungsverleger erläßt folgenden Aufruf:

„Auf Grund der Anordnung des Führers hat die Arbeitsschlacht für das Jahr 1934 begonnen. Deutscher Volksgenosse, der du Einzelhändler, Handwerker oder Gewerbetreibender bist, nütze für dein Geschäft mehr als bisher die werbende Kraft der Anzeigen in den deutschen Tageszeitungen! Du gibst deinem Geschäft damit neuen Auftrieb und hilfst mit, daß durch Umsatzbelebung sowohl in deinem Geschäft, bei deinen Lieferanten wie auch im deutschen Zeitungsgewerbe neue Arbeitsplätze für unzählige Volksgenossen geschaffen werden. Deutscher Geschäftsmann wirb für dein Geschäft durch Anzeigen in den deutschen Tageszeitungen! Du hilfst dadurch mit am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft.“

Aufstieges zu bemerken. Die Zahl der angemeldeten jungen Hengste war gegen das Vorjahr um 38 gestiegen. Der Besuch darf als recht gut bezeichnet werden, die Teilbilne war stets voll besetzt. Viele Hengste wurden verkauft. Das Gespenst der Leberproduktion kommt für die Oldenburgerische Pferdezüchtung vorläufig nicht in Frage. Wistang war ein Mangel an Deckhengsten vorhanden, dazu leidet der Pferdebestand im Oldenburger Lande, wie die Erhebungen ergaben, einstweilen noch stark an Veralterung. Ministerialrat Tanzen nahm Gelegenheit, eine bemerkenswerte Bestimmung des neuen Pferdezüchtungsgeleges vom Oktober v. J. besonders hervorzuheben. Vom 1. April ab dürfen fremdbürtige Hengste überhaupt nicht mehr gehalten, sie müssen bis dahin verkauft oder doch kastriert werden. Damit wird einem Krebsgeschaden begegnet, der besonders in Südboldenburg der Pferdezüchtung von großem Nachteil war. Freilich dürfen fremdbürtige Hengste nicht decken, da deren Haltung aber nicht verboten war, ist mit ihnen dann und wann geradezu ein Unflug getrieben worden.

* Oldenburg. Der Abteilungs-Vorstand der Heizungsabteilung des Hindenburg-Poly-Technikums, Studienbaurat Freimwald, erhielt seitens der Persifischen Regierung den Auftrag, die technischen Entwürfe für die Einrichtung von Heizungs- und Lüftungsanlagen für das Schloß des Schahs und die Persifische Nationalbank in Teheran aufzustellen. Die Heizungsanlagen werden mit deutschem Material errichtet und von deutschen Monteuren ausgeführt werden. Die Verbindung ist durch einen ehemaligen persifischen Studenten erfolgt, der in Oldenburg sein Studium durchgeföhrt hat.

* Oldenburg. Der neue Präsident der Industrie- und Handelskammer, Gewerkschaftsberater Fromm, wurde am 21. Oktober 1896 in Neumende bei Wilhelmshaven als Sohn des Schiffszimmermanns Fr. Wilh. Fromm

geboren. Er besuchte die Volksschule in Schortens, eine vierjährige Lehrzeit in Oldenburg durch und 1915 beim 91. Inf.-Reg. ein. war im Felde und dann in französische Gefangenschaft. Er erhielt 1920 die Klasse und das Friedrich August-Kreuz 2. Klasse. Er lehrte er aus der Gefangenschaft zurück kam er nach Oldenburg. Er gehörte mit zu den Kämpfern der NSDAP in Oldenburg und ist Kreisratsmitglied der Dapag-Oldenburg und der Freier in Eimswarden.

* Bremerhaven. Das Schiffskommando des Dampfers „Europa“ des Norddeutschen Lloyd, der Freitag hier eintraf, übergab der Kriminalpolizei Amerikaner, die während der Ueberfahrt von Newyork Bremerhaven als Schiffschwinder entlarvt worden. Es handelt sich um die beiden amerikanischen Staatsbürger Charly Watson und Richard King, die im Augenblick vor der Abfahrt der „Europa“ in Newyork dem Newyorker Büro des Norddeutschen Lloyd erteilt waren und den Leiter der dortigen Agentur veranlaßte an Bord zu bringen. Die beiden angetretenen Amerikaner bezahlten ihre Passage erster Klasse mit Schek. Die „Europa“ befand sich bereits auf See, als sich ergab, daß für den Schek keine Deckung vorlag. Das Schiffskommando der „Europa“ wurde telegraphisch veranlaßt, die beiden Amerikaner in Oldenburg zu nehmen und sie in Bremerhaven der Polizei übergeben. Sie werden sich hier wegen Betruges Schiffschwinders zu verantworten haben und bei Gelegenheit nach den Vereinigten Staaten abgeschoben werden.

* Embden. Vor dem Schöffengericht in Embden hatten sich drei Schmuggler und ein Abgabengebiet dem Rheiderland wegen Bandenschmuggels zu verantworten. Sie hatten erhebliche Mengen von Genussmitteln Deutschland eingeschmuggelt. Der Mechaniker G. Sch. Hultshusen, der Landarbeiter J. H. und der Arbeiter aus Smarlingen waren angeklagt, gemeinsam im Dezember 1932 und Januar 1933 fast 200 Kilo Tee, ebenen Tabak und fast 50 Kilo Kaffee in der Gegend von Hefo hamrnrich eingeschmuggelt zu haben. Ein großer Teil der Waren ist durch den ebenfalls angeklagten landwirtschaftlichen Arbeiter H. Sch. aus Weener den Schmuggler abgenommen und weiterverkauft worden. Die beiden noch nicht einschlägig vorbestraften Angeklagten haben sich dem Bandenschmuggel schuldig gemacht. Auf Antrag des Staatsanwalts erkannte das Gericht gegen G. Sch. und J. H. auf je 165 000 eine Geldstrafe, bzw. für je 600 RM je einen Tag Gefängnis 1567 RM Wertesatz und zwei Monate Gefängnis. Sch. erhielt 145 000 RM Geldstrafe, 1407 RM Wertesatz zwei Monate Gefängnis, während gegen H. Sch. 26 000 RM Geldstrafe, 605 RM Wertesatz und einen Monat Gefängnis erkannt wurde. Die Angeklagten nahmen das Urteil an. Die phantastischen Zahlen der Geldstrafen gewinnen einen sehr realen Wert, wenn zur Strafvorbereitung kommt. Die beiden ersten Angeklagten haben demnach außer ihren zwei Monaten, da diese Geldstrafen nicht bezahlen können, je außerdem Tage, der dritte Angeklagte 241 Tage und der Angeklagte noch 43 Tage Gefängnis zu verbüßen zusammen genommen hat also G. Sch. eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten, J. H. die gleiche, A. H. eine von 10 Monaten und H. Sch. eine von etwa 2 1/2 Monaten zu verbüßen.

3 Reklams-Kaffees!

1 1 Pfd. 2.⁸⁰ 1/4 Pfd. - .70
 2 1 Pfd. 2.⁴⁰ 1/4 Pfd. - .60
 3 1 Pfd. 2.⁰⁰ 1/4 Pfd. - .50

3% Rabatt in Marken

KAISER'S KAFFEE GESCHÄFT

Kirchliche Nachrichten.
 Gründonnerstag, d. 29. März
 10 Uhr: Abendmahls-Gottesdienst
 Kollekte für die Seemannsmiffion

Eierverteilungsstelle
 hat vorläufig für Eisleith
Carl Michael
 Bahnhofstraße 8
 Der Bezirksbauernführer

Zwangsvorsteigerung
 Donnerstag, d. 29. d. M.,
 vorm. 10 Uhr, gelangen in
 August Gasthaus in Eisleith
 1 Schreibmaschine
 1 Bücherschrank
 21 Bände Meyers Legikon
 65 Kisten Zigarren
 a 50 Stück
 220 Tafeln Schokolade
 gegen Barzahlung zur Ver-
 teigerung.
Wilkens,
 Obergerichtsvollzieher.

Kohlen-Winterhilfe.

Es wird darauf hingewiesen, daß der Inhaber eines

Gutsheines für Braunkohlenbriketts

Anspruch hat auf alle Sorten rheinischer Briketts, also auch auf

Doofbriketts „GR“ oder „B“

Pflanzkartoffeln Briezumschläge
 (holländische Erstlinge) zu verkaufen
G. Mehrens, Deichstr. 10
 Ab Lager Tidehafen sofort lieferbar:

Düngkalk — Aetzalkalk 42% Kali
Thomasmehl
Leuna-Montansalpeter
Kalkstickstoff, geölt und ungeölt
Kalksalpeter
Bohnenstangen
Chr. Küklen, Eisleith a. d. Weser
 Holz- und Kohlenhandlung Baumaterialien und Düngemittel
 Telefon 373

mit firmenaufdruck
E. Zirk, Buchdruckerei
 Zu Gründonnerstag empfehle:

Pinkel Kochmettwurst
Casler Ripppeer
Ger. gestr. Speck
Schinkenspeck
Hans Baumeister

Verreist
 vom Mittwoch, d. 28. März bis Montag, den 9. April
Dr. Kübler, Augenarzt
 Oldenburg i. O.

Anzeigen für die Sonnabend-Ausgabe

müssen wegen des Karfreitages bis spätestens Donnerstag mitaufgegeben werden!

Eisleith, den 26. März 1934

Heute entschlief sanft nach längerem, schwerem, mit großer Geduld ertragenen Leiden, unsere liebe, herzensgute Mutter, Schwieger-, Groß- und Urtroßmutter

Emma Eilers
 geb. Lübjen
 im 83. Lebensjahre

Zu tiefer Trauer:
Karl Eilers und Frau
Bertha Rückens
 geb. Eilers
Willy Eilers und Frau
Karl Mörschner und Frau
 Ennt geb. Eilers
 und Enkelkinder

Die Beerdigung findet Donnerstag, 15 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus statt, dableibt um 15 Uhr Trauerfeier.